

Eröffnung des Liechtensteinischen Landtags

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein**

Band (Jahr): - **(1974)**

Heft 1

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-938863>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ERÖFFNUNG DES LIECHTENSTEINISCHEN LANDTAGS

Mit einer ungewöhnlichen Rede, die er als eine Rede an das ganze liechtensteinische Volk bezeichnete, hat Landesfürst Franz Josef II. am 27. März den im Februar neugewählten Landtag eröffnet. SD Fürst Franz Josef betonte einleitend, dass er sich nicht mit einer Parlamentseröffnungsrede in üblichem Sinne an die Volksvertretung wenden wolle, sondern sich als Oberhaupt einer grossen Familie fühle, wie sie die Bevölkerung eines kleinen Landes darstelle.

In den nachfolgenden Passagen der für solche Anlässe auch aussergewöhnlich umfangreichen Rede, griff der Landesfürst eine Reihe politisch heisser Eisen auf. Der Fürst sprach sich für eine weitere Verbesserung der staatlichen Subventionsregelung und Krediterleichterungen zur Förderung des Baues von Eigenheimen aus, die angesichts der inflationären Entwicklung die beste Grundlage zur Bildung von Volksvermögen darstelle.

Um der öffentlichen Hand die Beschaffung und Weitergabe von baureifem Grund an liechtensteinische Bürger besser als bisher zu ermöglichen, forderte der Landesfürst eine höhere Besteuerung der grösseren Grundbesitze, namentlich von juristischen und natürlichen Personen, die umfangreichere Grundflächen in den Bauzonen halten. Gleichzeitig wandte sich der Landesfürst gegen zu hohe Sozialabgaben von Industrie und Gewerbe, weil man die Kuh, die man melke, nicht umbringen dürfe. Liechtenstein müsse im Verhältnis Arbeitnehmer und Arbeitgeber auch in Zukunft eigene Wege gehen und dürfe nicht versuchen, ausländische Modelle der Mitbestimmung, die meist parteipolitisch motiviert seien, zu kopieren. Als Nonsens bezeichnete Fürst Franz Josef schliesslich die liechtensteinische Erwerbssteuer in der heutigen Form, welche vor allem den Arbeitnehmer belaste. Der Monarch forderte die Ablösung der Erwerbssteuer durch eine allgemeine Einkommenssteuer, die auch Erträge aus Vermögenswerten einschliesst.

Zum Thema Bauwesen richtete sich die Kritik des Landesfürsten vor allem gegen den oftmals von "lokaler Eitelkeit" gepflegten Monumentalismus. Oeffentliche Bauten müssten einen Zweck erfüllen und dürfen nicht zu Pyramiden werden, die mit ihrem Gewicht Land und Leute von Liechtenstein erdrücken. Das gleiche forderte er auch für den Strassenbau, der lediglich dem Bedarf angepasst werden sollte.

Im Zusammenhang mit dem Thema Umweltschutz gab der Fürst seiner Ueberzeugung davon Ausdruck, dass die St.Galler als

loyale Nachbarn dafür sorgen werden, dass die sich im Bau befindende Destillationsanlage bei Sennwald den liechtensteinischen Forderungen nach vermehrtem Schutz gegen Luftverunreinigung entsprechen werde.

Zum Schluss seiner Thronrede sprach sich Fürst Franz Josef II. erneut für die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts aus. Er erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass es im Jahre 1940 vor allem die liechtensteinischen Frauen gewesen seien, die eine Unterschriftenaktion durchführten, die in der damaligen kritischen Zeit dem Ausland kundgetan habe, "dass das Liechtensteinische Volk seine Selbständigkeit weiterhin in Verbundenheit mit der Schweiz wahren wolle".



links neben dem liechtensteinischen Landesfürsten, der neue Regierungschef Dr. Walter Kieber.

NEUE LIECHTENSTEINISCHE REGIERUNG GEWÄHLT.

In der ersten Geschäftssitzung der neuen Legislaturperiode hat der liechtensteinische Landtag am 27. März die neue Regierung gewählt, die vom Landesfürsten noch am gleichen